

Die Verfolgung und Ermordung der
europäischen Juden durch das nationalsozialistische
Deutschland 1933–1945

Band 3

Deutsches Reich und
Protektorat Böhmen und
Mähren
September 1939 – September 1941

Bearbeitet von Andrea Löw

Oldenbourg Verlag München 2012

Dokumentenverzeichnis

Teil 1 – Deutsches Reich

- 1 Der Schriftsteller Walter Tausk notiert am 1. September 1939, wie er in Breslau den Kriegsbeginn erlebt
- 2 Emilie Braach aus Frankfurt am Main schildert ihrer nach Großbritannien emigrierten Tochter am 1. September 1939, wie sich der Alltag durch den Kriegsbeginn verändert
- 3 Der nach Jerusalem ausgewanderte Historiker Arnold Berney hält am 2. und 3. September 1939 seine düsteren Prognosen zum Kriegsbeginn fest
- 4 Der Staatskommissar für die Privatwirtschaft des Reichsstatthalters in Wien schlägt am 5. September 1939 vor, die Wiener Juden in Zwangsarbeitslager zu sperren
- 5 Das Geheime Staatspolizeiamt weist seine Dienststellen am 6. September 1939 an, Ausschreitungen gegen Juden zu unterbinden, und kündigt antijüdische Maßnahmen an
- 6 Heydrich ordnet am 7. September 1939 an, alle männlichen polnischen Juden über 16 Jahren im Reich zu verhaften
- 7 Walter Grundmann informiert Reichskirchenminister Kerrl am 8. September 1939 über die Arbeit des Instituts zur Erforschung und Beseitigung des jüdischen Einflusses auf das deutsche kirchliche Leben
- 8 Willy Cohn notiert am 10. September 1939 in sein Tagebuch, dass die Stimmung in Breslau immer antisemitischer wird
- 9 Die NSDAP-Kreisleitung Kitzingen-Gerolzhofen berichtet am 11. September 1939 über Angriffe auf Juden und fordert, alle Juden in einem Konzentrationslager zu inhaftieren
- 10 Die Gestapo München beschuldigt Felizi Weill am 13. September 1939 aufgrund einer Denunziation der Hetze gegen die deutsche Staatsführung
- 11 Aufbau: Artikel vom 15. September 1939 über die Bedeutung dieses Kriegs für die Zukunft des Judentums
- 12 Beim Beauftragten für den Vierjahresplan in Berlin findet am 16. September 1939 eine Besprechung über die Auswanderung der Juden und deren Zwangsarbeit statt
- 13 Schüler der 8. Klasse üben am 19. September 1939 in einem Diktat, „barfüßige Polenweiber und schmierige Kaftanjuden“ zu schreiben
- 14 Jüdisches Nachrichtenblatt: Ankündigung des Jüdischen Kulturbunds vom 22. September 1939, dass die Filmbühne ihre Vorführungen wieder aufnimmt
- 15 Martin Striem aus Berlin beklagt sich am 28. September 1939 bei seinem emigrierten Sohn Rolf über den bevorstehenden Umzug in ein „Judenhaus“
- 16 Der NSDAP-Ortsgruppenleiter Rothleitner plädiert am 2. Oktober 1939 dafür, alle Juden aus Wien abzuschieben

- 17 Gerdrut Günsburg aus Apolda bittet die Devisenstelle Thüringen am 4. Oktober 1939 um Aufhebung der Sicherungsanordnung für ihren Mann
- 18 Hitler überträgt Himmler am 7. Oktober 1939 mit dem Erlass „zur Festigung deutschen Volkstums“ die rassenpolitischen Siedlungsvorhaben im deutschen Herrschaftsraum
- 19 Eichmanns Stellvertreter sichert sich am 9. Oktober 1939 die Unterstützung von Wehrmacht und Zivilverwaltung bei der geplanten Deportation der Juden aus Kattowitz
- 20 Die Gestapo Köln teilt am 12. Oktober 1939 mit, Juden seien bei Verstößen gegen Anordnungen umgehend zu inhaftieren
- 21 Rica Neuburger nimmt sich im Oktober 1939 aufgrund der Schikanen gegen Juden das Leben
- 22 Friedrich Kellner entrüstet sich am 13. Oktober 1939 über völkerrechtswidrig begonnene Kriege und die Entrechtung der Juden
- 23 Eichmann lässt Kripochef Nebe am 16. Oktober 1939 mitteilen, dass den Deportationszügen nach Polen Waggons mit „Zigeunern“ angehängt werden können
- 24 In der Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien werden am 17. Oktober 1939 Details zur Deportation der Wiener Juden nach Polen besprochen
- 25 Der Reichsfinanzminister erhöht am 19. Oktober 1939 die Vermögensabgabe für Juden
- 26 Die Synagogengemeinde Köln gibt am 21. Oktober 1939 Einschränkungen beim Einkauf von Lebensmitteln bekannt
- 27 Martha Svoboda schreibt am 21. Oktober 1939 in ihrem Tagebuch über die Deportation ihres Bruders aus Wien nach Nisko
- 28 Mansfelder Zeitung: Artikel vom 26. Oktober 1939 über die Verurteilung von David Naruhn, der unerlaubt mit einer „Arierin“ zusammenlebte
- 29 Die Auswanderungsberatung der Jüdischen Wirtschaftshilfe Dresden bittet den Joint am 2. November 1939, die Visaerteilung durch das US-Generalkonsulat in Berlin zu befördern
- 30 Eine Wiener Jüdin bittet Josef Löwenherz am 10. November 1939, Mädchen unter 18 Jahren vor der Deportation nach Polen zu bewahren
- 31 Die Gestapo informiert den Landeshauptmann von Tirol am 17. November 1939 über die Mitglieder und das Vermögen der Jüdischen Gemeinde in Innsbruck
- 32 Der SD-Abschnitt Leipzig schlägt dem Reichssicherheitshauptamt am 18. November 1939 ein Reiseverbot für Juden vor
- 33 Josef Löwenherz berichtet der Gestapo in Wien am 20. November 1939 von Todesfällen in Buchenwald und bittet darum, Juden mit Auswanderungsmöglichkeiten freizulassen
- 34 Ein V-Mann des SD beschwert sich am 24. November 1939 über das Verhalten der Berliner Juden
- 35 Jolan Thorn aus Wien beschreibt ihrer Schwester in New York am 25. November 1939, wie schwierig es ist, ihre Auswanderung vorzubereiten

- 36 Jochen Klepper aus Berlin dokumentiert am 8. Dezember 1939 in seinem Tagebuch, wie seiner Familie die grundlegenden Dinge des täglichen Lebens entzogen werden
- 37 Max Wiener macht Ernst Grumach aus Berlin in einem Brief vom 11. Dezember 1939 wenig Hoffnung auf eine Stelle an einem amerikanischen College
- 38 The Times: Artikel vom 16. Dezember 1939 über die Situation der in das Gebiet Lublin deportierten Juden
- 39 Im Reichssicherheitshauptamt wird am 19. Dezember 1939 eine Amtschefbesprechung über ein „Judenreservat“ vorbereitet
- 40 Das Reichssicherheitshauptamt informiert alle Gestapostellen am 21. Dezember 1939, dass Himmler die Deportation von Juden in das Generalgouvernement ausgesetzt habe
- 41 In einem Bericht für den Joint wird die dramatische Lage der Juden in Wien zum Jahresende 1939 dargestellt
- 42 The Washington Post: Artikel vom 14. Januar 1940 über die zunehmende Ausgrenzung der Juden in Deutschland
- 43 Margarete Korant aus Berlin berichtet ihrer Tochter Ilse am 19. Januar 1940, wie sie beim Einkaufen verhöhnt wurde
- 44 Alfred Rosenberg hält am 27. Januar 1940 in seinem Tagebuch fest, wie er mit Hitler über den Antisemitismus in Russland gewitzelt habe
- 45 Die Bezirksstelle Gleiwitz der Reichsvereinigung der Juden informiert im Januar 1940 über die Auswandererabgabe
- 46 Mitarbeiter eines Umschulungslagers in Wien senden Gauleiter Bürckel Ende Januar 1940 Vorschläge zum weiteren Einsatz der jüdischen Arbeitskräfte
- 47 Pfarrer Grüber kritisiert am 2. Februar 1940 den Evangelischen Oberkirchenrat für die Diskriminierung von Pfarrern, die als „Mischlinge“ gelten oder in „Mischehen“ leben
- 48 Die sowjetische Umsiedlungsverwaltung informiert Regierungschef Molotov am 9. Februar 1940 über deutsche Vorschläge zur Deportation von Juden in die Sowjetunion
- 49 Die NSDAP-Ortsgruppe Hainburgerstraße in Wien beklagt sich am 10. Februar 1940 beim Kreis-Propagandaamt über die Jüdin Steffi Walther
- 50 Das Reichssicherheitshauptamt kündigt am 12. Februar 1940 polizeiintern an, die jüdische Bevölkerung zwecks besserer Überwachung in bestimmten Orten zusammenzufassen
- 51 Rechtsanwalt Alfred Panz ersucht den Reichsfinanzminister am 12. Februar 1940, sudetendeutsche Bewerber bei der „Arisierung“ einer Ziegelei zu bevorzugen
- 52 In einem Merkblatt wird ausgewählten NSDAP-Mitgliedern die Vorgehensweise in der Nacht vor der Deportation der Stettiner Juden am 12. und 13. Februar 1940 erläutert
- 53 Neue Zürcher Zeitung: Artikel vom 16. Februar 1940 über die Deportation der Juden aus Stettin

-
- 54 Johanna Simon bittet die Israelitische Kultusgemeinde in Darmstadt am 20. Februar 1940, sie weiterhin für ihre Tätigkeit in der Notstandsküche zu entschädigen
 - 55 Hofrat Julius Munk aus Wien ersucht die Reichsstelle für Sippenforschung am 22. Februar 1940, ihn zum „Mischling“ zu erklären
 - 56 Der Geschäftsträger der US-Botschaft in Berlin unterrichtet seinen Außenminister am 6. März 1940 über die Lage der Juden in Deutschland
 - 57 Max Seelig versucht am 8. März 1940, bei der Gestapo die Rückkehr seiner aus Stettin nach Piaski deportierten Kinder zu erreichen
 - 58 Charlotte Wollermann aus Düsseldorf beschuldigt am 12. März 1940 den evangelischen Pfarrer Gottfried Hötzel, eine judenfreundliche Predigt gehalten zu haben
 - 59 Ferdinand Itzkewitsch bittet seinen Sohn am 15. März 1940 von Buchenwald aus, sich beim Hilfsverein um seine Auswanderung zu bemühen
 - 60 Jüdisches Nachrichtenblatt: Bekanntgabe der Reichsvereinigung vom 19. März 1940, dass die Zwangsvornamen künftig ins Telefonbuch eingetragen werden müssen
 - 61 Salomon Samuel aus Berlin dankt dem Ehepaar Schubert in Essen am 29. März 1940 für Unterstützung und Trost
 - 62 Das Ministerium für innere und kulturelle Angelegenheiten in Wien löst am 30. März 1940 die Kultusgemeinden in der Ostmark auf
 - 63 Der Vorstand der Reichsvereinigung diskutiert am 5. April 1940, wie sich die Zahl jüdischer Auswanderer steigern lässt
 - 64 Die Exil-SPD berichtet am 7. April 1940 über die verzweifelte Lage der Juden im Deutschen Reich
 - 65 Max Inow aus Wuppertal hält seine Tochter Grete in Palästina am 8. April 1940 über die verstreute Familie und seine eigenen Auswanderungsbemühungen auf dem Laufenden
 - 66 Hitler entscheidet am 8. April 1940 über den Einsatz jüdischer „Mischlinge“ in der Wehrmacht
 - 67 Himmler ordnet am 10. April 1940 für die Dauer des Kriegs eine Entlassungssperre für Juden an, die in Konzentrationslagern einsitzen
 - 68 Marianne Wachstein schildert Hofrat Wilhelm am 12. April 1940, wie sie und andere Frauen im Konzentrationslager Ravensbrück misshandelt wurden
 - 69 Martha Svoboda aus Wien notiert am 16. April 1940 in ihrem Tagebuch, welche Wirkung die Propaganda entfaltet
 - 70 Leitmeritzer Tagblatt: Artikel vom 19. April 1940 über Marie Pick, die wegen Vergehens gegen das Heimtückegesetz verurteilt wurde
 - 71 Gestapochef Müller stellt am 24. April 1940 klar, welche jüdischen Personengruppen zu Kriegszeiten auswandern dürfen und wohin
 - 72 Aron Menczer übermittelt Josef Löwenherz am 26. April 1940 ein Exposé über die angestrebte Wiedereröffnung der Umschulungsstätten in Wien
 - 73 Moritz Weinberg aus Köln schildert Bruno Kisch in New York am 29. April 1940 seine Auswanderungsbemühungen

-
- 74 Der Beauftragte für die Überwachung der jüdischen Wohlfahrtseinrichtungen in Frankfurt am Main erstattet dem Oberbürgermeister am 30. April 1940 Bericht
 - 75 Der Gauwirtschaftsberater in Aussig drängt den Reichsfinanzminister am 3. Mai 1940, die „Arisierung“ insbesondere von Immobilien im Sudetenland zu beschleunigen
 - 76 SS-Sturmbannführer Heckmüller wehrt sich am 3. Mai 1940 dagegen, von ihm erlassene Anordnungen gegenüber jüdischen Arbeitern in Eisenerz rückgängig zu machen
 - 77 Görings Bevollmächtigter für die „Arisierung“ des Petschek-Konzerns legt am 3. Mai 1940 seinen Abschlussbericht vor
 - 78 Der Arzt Max Schönenberg aus Köln schreibt seinem Schwager Julius Kaufmann in Shanghai am 5. Mai 1940 über die Einschränkung seines Praxisbetriebs
 - 79 Der SD-Leitabschnitt Stuttgart erlaubt der Jüdischen Mittelstelle am 15. Mai 1940, Juden in Vorbereitung ihrer Auswanderung an heimische Bauern zu vermitteln
 - 80 Der Reichsführer-SS drängt den Reichsfinanzminister am 17. Mai 1940, das im Inland verbliebene Vermögen jüdischer Emigranten zügig zu beschlagnahmen
 - 81 Günther Tropowitz aus Berlin erkundigt sich am 24. Mai 1940 beim Auswärtigen Amt, ob eine Ansiedlung der Juden in den zukünftigen deutschen Kolonien möglich sei
 - 82 Der Reichsstatthalter informiert am 29. Mai 1940, die reichsweite Judengesetzgebung werde in Danzig nicht übernommen, da es dort ohnehin bald keine Juden mehr geben werde
 - 83 Paul Eppstein protokolliert eine Vorladung zur Gestapo am 30. Mai 1940, bei der die Zwangsarbeit von Juden erörtert wurde
 - 84 Jüdisches Nachrichtenblatt: Bekanntgaben der Israelitischen Kultusgemeinde Wien vom 31. Mai 1940 über Reiseeinschränkungen und das Auswanderungsgebot für Juden
 - 85 Die Landespflegeanstalt Grafeneck informiert Moritz Fleischer am 5. Juni 1940 über den Tod seines Sohnes
 - 86 Valerie Scheffel aus Berlin schreibt ihrem Freund Karl Wildmann in den USA am 7. Juni 1940 einen sehnsüchtigen Brief
 - 87 Heydrich stellt am 13. Juni 1940 klar, dass er allein für die Auswanderung der Juden aus dem Reichsgebiet zuständig ist
 - 88 Ein anonymer Verfasser schildert am 16. Juni 1940 die Lebensbedingungen für Juden in München und Berlin
 - 89 Heydrich drängt am 24. Juni 1940 gegenüber Außenminister Ribbentrop auf eine „territoriale Endlösung“
 - 90 The New York Times: Interview mit Nahum Goldman vom Jüdischen Weltkongress, in dem dieser am 25. Juni 1940 vor der Vernichtung von sechs Millionen europäischen Juden warnt
 - 91 Eichmann fordert jüdische Funktionäre aus Berlin, Prag und Wien am 3. Juli 1940 auf, eine Denkschrift zur Auswanderung aller Juden aus Europa auszuarbeiten

-
- 92 Franz Rademacher stellt am 3. Juli 1940 im Auswärtigen Amt Überlegungen an, alle europäischen Juden auf Madagaskar anzusiedeln
 - 93 Eine Jüdin aus Deutschland schildert einer Londoner Emigrantenorganisation die Lage der jüdischen Bevölkerung in Frankfurt am Main bis zum 11. Juli 1940
 - 94 Der Statistiker Friedrich Burgdörfer berechnet am 17. Juli 1940, wie viele Juden nach Madagaskar abgeschoben werden könnten
 - 95 Der Leipziger Oberbürgermeister informiert den sächsischen Wirtschaftsminister am 18. Juli 1940 über die Versorgung und den Arbeitseinsatz der jüdischen Bevölkerung in Leipzig
 - 96 Der Reichspostminister ordnet am 29. Juli 1940 an, Juden die Telefonanschlüsse zu kündigen
 - 97 The New York Times: Artikel vom 2. August 1940 über Ausfuhrverbote, Einkaufsbeschränkungen und Sperrgebiete für Juden in Deutschland
 - 98 Im Auswärtigen Amt werden am 15. August 1940 Hitlers Pläne bekannt, nach dem Krieg alle Juden aus Europa zu deportieren
 - 99 Das Reichssicherheitshauptamt plant Mitte August 1940 die Verschleppung der europäischen Juden nach Madagaskar
 - 100 Ein Flüchtlingskomitee in Shanghai erläutert der Kultusgemeinde in Wien am 21. August 1940 die Einwanderungsbedingungen
 - 101 Legationsrat Rademacher vom Auswärtigen Amt macht Ende August 1940 Vorschläge zur Durchführung des Madagaskar-Plans
 - 102 Herbert Gerigk schreibt im August 1940 über die Rolle des Judentums in der Musik
 - 103 Reichskulturwalter Hinkel informiert auf einer Sitzung des Propagandaministeriums am 6. September 1940 über die geplante Deportation der Berliner Juden
 - 104 Emilie Cassel bittet den Polizeipräsidenten in Stettin am 9. September 1940 um die Erlaubnis zur Anschaffung eines Volksempfängers, obwohl ihr Mann „Nichtarier“ sei
 - 105 Hermann Samter, Redakteur beim Jüdischen Nachrichtenblatt, schildert Hanna Kobylinski am 12. September 1940 die Tätigkeit des Jüdischen Kulturbunds in Berlin
 - 106 Der Bürgermeister von Misdroy erkundigt sich am 30. September 1940 beim Deutschen Gemeindetag, ob eine im Ort lebende Jüdin in eine Anstalt eingewiesen werden könne
 - 107 Der Chef der Schweizer Fremdenpolizei drängt den Schweizer Botschafter in Vichy am 2. Oktober 1940, Transitvisa für jüdische Flüchtlinge aus Deutschland zu erwirken
 - 108 Der Reichstreuhand der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Steiermark und Kärnten rechtfertigt am 4. Oktober 1940 die geringe Entlohnung jüdischer Arbeitskräfte
 - 109 Der Reichsluftfahrtminister informiert am 7. Oktober 1940 das Luftgaukommando VII, dass Juden der Zutritt zu öffentlichen Luftschutzräumen zu gewähren sei
 - 110 Himmler kündigt am 22. Oktober 1940 vor der NSDAP-Landesgruppe in Madrid die Abschiebung aller Juden aus dem Großdeutschen Reich in das Generalgouvernement an

-
- 111 Otto Hirsch schildert, wie er bei der Gestapo am 26. Oktober 1940 gegen die Deportationen aus Baden, der Pfalz und dem Saarland protestierte
 - 112 Heydrich teilt dem Auswärtigen Amt am 29. Oktober 1940 mit, die Deportation der jüdischen Bevölkerung aus Baden und der Pfalz sei auf Anordnung Hitlers erfolgt
 - 113 Bericht vom 30. Oktober 1940 über die Deportation deutscher Juden nach Südfrankreich
 - 114 Die Staatspolizeistelle Bielefeld kündigt am 2. November 1940 an, dass alle Juden zwischen 18 und 55 Jahren zum geschlossenen Arbeitseinsatz herangezogen werden sollen
 - 115 Esther Cohn aus Offenburg beschreibt am 3. November 1940 in ihrem Tagebuch ihre Verzweiflung über die Deportation ihrer Mutter und ihrer Schwestern nach Frankreich
 - 116 Hitler spricht am 8. November 1940 in München über den Aufstieg der NS-Bewegung und den „Kampf gegen das Judentum“
 - 117 Das Reichssicherheitshauptamt fordert seine Mitarbeiter am 9. November 1940 auf, sich um Wohnungen von Juden zu bewerben
 - 118 Die Haupttreuhandstelle Ost wendet sich am 13. November 1940 wegen der Versteigerung des Grundstücks von Chaim Goldfarb an den Polizeipräsidenten in Berlin
 - 119 Himmler verpflichtet am 15. November 1940 alle Angehörigen der Polizei zum Besuch des Films „Jud Süß“
 - 120 Michael Meyer beschreibt seine Emigration nach Palästina im Herbst 1940 auf verschiedenen Flüchtlingsschiffen
 - 121 Hans Baruch dokumentiert in seinem Tagebuch zwischen September und November 1940 seine Flucht per Schiff nach Palästina
 - 122 Der Münchener Oberbürgermeister gibt am 2. Dezember 1940 Richtlinien über die öffentliche Fürsorge für Juden bekannt, die nicht der Reichsvereinigung angehören
 - 123 Der Chef der Reichskanzlei informiert Gauleiter von Schirach am 3. Dezember 1940, dass Hitler die Abschiebung von 60 000 Juden aus Wien genehmigt habe
 - 124 Kreiszeitung für die Ost-Prignitz: Artikel vom 4. Dezember 1940 über die Entstehung des Films „Der ewige Jude“
 - 125 Eichmann hält am 4. Dezember 1940 die Umsiedlung von knapp sechs Millionen europäischen Juden für die „Endlösung der Judenfrage“
 - 126 Himmler informiert die Reichs- und Gauleiter am 10. Dezember 1940 über seine Siedlungspläne
 - 127 Reichsinnenminister Frick ordnet am 12. Dezember 1940 die Verlegung jüdischer Psychiatriepatienten in die Jüdische Heil- und Pflegeanstalt Bendorf-Sayn an
 - 128 Paul Eppstein notiert am 20. Dezember 1940, wie anlässlich seiner Vorladung bei der Gestapo seine eigene Inhaftierung erörtert wird
 - 129 Ein Auswanderer schildert die Versorgungslage, die Stimmung der Bevölkerung und die Situation der Juden im Reich im Herbst und Winter 1940
 - 130 Walter Mehring gedenkt in einem Gedicht zur Jahreswende 1940/41 seiner toten Freunde

-
- 131 Kurt Rathenau aus Berlin schildert seinem Bruder Fritz am 3. Januar 1941, was die Briefzensur für ihn bedeutet
 - 132 Die Industrie- und Handelskammer Südwestfalen in Hagen bittet am 6. Januar 1941 den Reichswirtschaftsminister, das Grundstück des Juden Dagobert Gottschalk erwerben zu dürfen
 - 133 Die Papierfabrik und Verlagsgesellschaft Steyermühl beantragt beim Reichsstatthalter Oberdonau am 7. Januar 1941 Wiedergutmachung der durch die „Arisierung“ entstandenen Schäden
 - 134 Der aus Stettin nach Piaski deportierte Gerhard Michaelis bittet das Auswärtige Amt am 18. Januar 1941, die Ausreise seiner Familie nach Haiti zu genehmigen
 - 135 In den Meldungen aus dem Reich wird am 20. Januar 1941 über Reaktionen auf den Film „Der ewige Jude“ berichtet
 - 136 Der Wiener Kardinal Innitzer teilt dem Papst am 20. Januar 1941 seine Sorge über das Schicksal von 11 000 „nichtarischen“ Christen mit
 - 137 Der Reichsstatthalter in der Steiermark berichtet dem Reichsernährungsminister am 21. Januar 1941 über die Enteignung landwirtschaftlichen Grundbesitzes von Juden
 - 138 Der „Judenberater“ des SD in Frankreich vermerkt am 21. Januar 1941, dass Heydrich in Hitlers Auftrag ein Projekt zur „endgültigen Lösung“ der Judenfrage entwickelt habe
 - 139 Max Schönenberg aus Köln bittet einen Bekannten in den USA am 23. Januar 1941 um Hilfe bei der Emigration
 - 140 Der Vorstand der Reichsvereinigung spricht am 27. Januar 1941 über die Betreuung „nichtarischer“ Christen und die Verlegung jüdischer Psychatriepatienten in Sammelanstalten
 - 141 Jan Springel wird am 27. Januar 1941 in Buchenwald erschossen
 - 142 Hitler erinnert am 30. Januar 1941 an seine Prophezeiung, dass im Fall eines Weltkriegs das europäische Judentum vernichtet werde
 - 143 Elisabeth Butenberg aus Rheydt ärgert sich Ende Januar 1941 über das Verhalten von Juden in der Straßenbahn und unterbreitet dem Ortsgruppenleiter der NSDAP dazu Vorschläge
 - 144 Die Gestapo informiert den Leiter der Israelitischen Kultusgemeinde am 2. Februar 1941 über die bevorstehende Deportation Wiener Juden in das Generalgouvernement
 - 145 Kurt Mezei hält am 3. Februar 1941 in seinem Tagebuch fest, dass bereits Vorladungen zur Deportation an Wiener Juden verschickt wurden
 - 146 Völkischer Beobachter: Artikel vom 4. Februar 1941 über die Ausgrenzung der Juden aus der Wirtschaft
 - 147 Arthur und Johanna Cohen aus Düsseldorf hoffen aufgrund einer Mitteilung des Konsulats vom 5. Februar 1941, in die USA auswandern zu können
 - 148 Anna Samuel schildert ihrer Freundin Else Schubert am 11. Februar 1941 ihre wachsende Bedrängnis
 - 149 Moritz Leitersdorf aus Wien bekommt von der Reichsfluchtsteuerstelle am 12. Februar 1941 einen Sicherheitsbescheid

- 150 Verschiedene Funktionäre besprechen am 12. Februar 1941 beim Obergebietsführer Wien die Deportation der Wiener Juden
- 151 Paula Rosenberg schreibt über die Bedingungen im Sammellager Castellezgasse und ihre Zwangsumsiedlung von Wien nach Opole Lubelskie am 15. Februar 1941
- 152 In einem Bericht für den Joint wird die jüdische Zwangsarbeit in Berlin Mitte Februar 1941 dargestellt
- 153 Die Jüdische Kultusvereinigung Mainz informiert am 19. Februar 1941 über die Möglichkeit, Pakete in das Lager Gurs in Frankreich zu schicken
- 154 Martha Svoboda aus Wien macht sich am 20. Februar 1941 Sorgen wegen der Deportation ihrer Eltern in das Generalgouvernement
- 155 Malvine Fischer aus Wien bittet ihre Tochter in den USA am 20. Februar 1941, ihr dringend ein Affidavit zu beschaffen
- 156 Franz Heurich aus Meiningen beantragt am 20. Februar 1941 bei der Devisenstelle Thüringen eine Auszahlung vom Sperrkonto Hermann Heimanns
- 157 Die Selbsthilfegruppe der jüdischen Blinden bittet Josef Löwenherz am 25. Februar 1941 um Hilfe, um der Deportation in das Generalgouvernement zu entkommen
- 158 Im Reichsverkehrsministerium wird am 25. Februar 1941 über Reisebeschränkungen für Juden diskutiert
- 159 Der Leiter der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amts nimmt am 1. März 1941 zu der Frage Stellung, inwiefern gegen ausländische Juden vorgegangen werden kann
- 160 Das Reichssicherheitshauptamt erweitert am 5. März 1941 die Möglichkeiten, das Umzugsgut von jüdischen Auswanderern zu versteigern
- 161 Das Schwarze Korps: Artikel vom 6. März 1941 über die fortschreitende Ausgrenzung der Juden zunächst im Reich und dann in Europa
- 162 Helene und Albin Fischer in Shanghai schildern Mimi Weisz in den USA am 8. März 1941, welche Sorgen ihnen die Aussicht bereitet, die Eltern aus Wien bei sich aufzunehmen
- 163 Martin Neugebauer wird am 12. März 1941 in Bielefeld verurteilt, da er antijüdischen Äußerungen widersprochen hatte
- 164 Die Auswanderungsabteilung der Israelitischen Kultusgemeinde Wien weist am 17. März 1941 auf die enorme Bedeutung der Umschulungskurse hin
- 165 Luise Solmitz schreibt am 18. März 1941 in ihrem Tagebuch über eine Anzeige gegen ihren Mann, der seine Kennkarte nicht unaufgefordert vorgezeigt hatte
- 166 Staatssekretär Stuckart protokolliert am 19. März 1941 eine Besprechung über den Entwurf der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz
- 167 Eichmann erwähnt am 20. März 1941 im Propagandaministerium Hitlers Auftrag an Heydrich, die „endgültige Judenevakuierung“ zu planen
- 168 Der stellvertretende Gauleiter von Wien informiert Polizeipräsident Kaltenbrunner am 20. März 1941, jeder Zug in das Generalgouvernement solle zur Deportation genutzt werden
- 169 Die Reichsbahn möchte am 26. März 1941 ein Grundstück in Frankfurt am Main erwerben, das zuvor den jüdischen Gebrüdern Kaufmann gehörte

-
- 170 Völkischer Beobachter: Artikel über die Eröffnung des Instituts zur Erforschung der Judenfrage vom 27. März 1941
- 171 Weltkampf: In einem Artikel vom 27. März 1941 berechnet Peter-Heinz Seraphim die jüdische Bevölkerung Europas und schlägt ihre Vertreibung vor
- 172 Die SS-Führung weist den Wissenschaftsminister am 27. März 1941 an, Martin Buber den Dokortitel entziehen zu lassen
- 173 Willy Cohn hält am 1. April 1941 in seinem Tagebuch fest, dass er von der Ermordung jüdischer Geisteskranker in Chełm bei Lublin gehört hat
- 174 Heydrich lässt am 2. April 1941 mitteilen, wegen der zu erwartenden „Lösung der allgemeinen Judenfrage“ seien keine Renten mehr an Juden im Ausland auszuzahlen
- 175 Preußische Zeitung: Artikel vom 5. April 1941 über die Ausstellung „Der ewige Jude“ in Königsberg
- 176 Abteilungsleiter Tiefeler informiert den Stab des Stellvertreters des Führers am 21. April 1941 über Goebbels' Vorschlag, die Juden zu kennzeichnen
- 177 Der Vorstand der Rosenthal-Porzellan AG bittet das Reichsjustizministerium am 21. April 1941 darum, den Firmennamen beibehalten zu dürfen
- 178 Die Reichsvereinigung und die Kultusgemeinden in Wien und Prag einigen sich am 22. April 1941 auf die Verteilung der zur Verfügung stehenden Schiffsplätze in die USA
- 179 Die VUGESTAP informiert in einem Merkblatt über die Modalitäten der Versteigerung jüdischen Eigentums in Wien am 3. Mai 1941
- 180 Die Friedrich Krupp AG setzt sich am 6. Mai 1941 für den Verbleib zweier jüdischer Fachkräfte ein
- 181 Die Jüdische Kultusgemeinde Köln gibt am 12. Mai 1941 bekannt, welche Häuser geräumt werden müssen
- 182 Das Reichssicherheitshauptamt erlässt am 20. Mai 1941 Richtlinien für die Auswanderung von Juden
- 183 Ein Rechtsanwalt beschwert sich am 5. Juni 1941 beim Regierungspräsidenten in Breslau über die Zuweisung von Juden in das Haus seiner Klientin
- 184 Der Chef der Reichskanzlei teilt Reichsleiter Bormann am 7. Juni 1941 mit, Hitler gehe nicht davon aus, dass nach dem Krieg noch Juden in Deutschland leben
- 185 Im Propagandaministerium werden auf der Pressekonferenz am Abend des 22. Juni 1941 Richtlinien für die Kommentierung des Kriegs gegen die Sowjetunion vorgegeben
- 186 Das Ehepaar Malsch berichtet seinem Sohn und dessen Frau am 24. Juni 1941 von der Schließung des US-Konsulats in Stuttgart und der damit verhinderten Auswanderung
- 187 Der Zeitschriften-Dienst vom 27. Juni 1941 regt an, die weltanschauliche Auseinandersetzung mit der Sowjetunion mit der „Judenfrage“ zu verknüpfen
- 188 Ein Auswanderer schildert im Sommer 1941 die Situation der Juden in Breslau 1940/41

-
- 189 Ein Lkw-Fahrer berichtet über die Lage der jüdischen Bevölkerung in verschiedenen deutschen Städten Mitte 1941
 - 190 Edith Hahn-Beer berichtet ihrem Freund in Wien am 6. Juli 1941 von ihrem Arbeitseinsatz in Osterburg
 - 191 Felice Schragenheim erkundigt sich am 12. Juli 1941 beim US-Generalkonsulat in Berlin nach Möglichkeiten, ihr Visum zu verlängern
 - 192 Frida Neuber aus Berlin erklärt am 19. Juli 1941 Bob Kunzig in Philadelphia, welche Formulare er für ihr Affidavit ausfüllen muss
 - 193 Das Reich: Hetzartikel von Joseph Goebbels, in dem er den Juden am 20. Juli 1941 mit einem bald hereinbrechenden Strafgericht droht
 - 194 Josef Löwenherz berichtet am 22. Juli 1941 über die Tätigkeit der Israelitischen Kultusgemeinde Wien
 - 195 Willy Cohn erfährt Ende Juli 1941 von Massentötungen an Juden in den besetzten Gebieten im Osten
 - 196 Göring ermächtigt Heydrich am 31. Juli 1941, eine „Gesamtlösung der Judenfrage im deutschen Einflussgebiet in Europa“ vorzubereiten
 - 197 Hermann Samter schreibt Lisa Godehardt am 5. August 1941 über Razzien und Verhaftungen in Berlin
 - 198 Paul Eppstein informiert Josef Löwenherz in Wien am 5. August 1941, dass jüdische Männer zwischen 18 und 45 Jahren nicht mehr auswandern dürfen
 - 199 Der Emigrant Edgar Emanuel aus Berlin schildert Ilse Schwalbe am 11. August 1941, unter welchen Bedingungen Juden in Deutschland leben müssen
 - 200 Friedrich Kellner kritisiert in seinem Tagebuch am 12. August 1941 juristische Willkür gegenüber Juden
 - 201 Die Reichsvereinigung unterrichtet ihre Bezirksstellen am 13. August 1941, sie müsse die Pflege und Bestattung der jüdischen Anstaltspatienten in Chelm bezahlen
 - 202 Unter Vorsitz Eichmanns diskutieren Vertreter von Ministerien und Sicherheitspolizei am 13. August 1941 in Berlin über eine „Verschärfung des Judenbegriffs“
 - 203 Im Propagandaministerium wird am 15. August 1941 über neue Maßnahmen gegen die Berliner Juden beraten
 - 204 Das Propagandaministerium erarbeitet für Goebbels am 17. August 1941 eine Vorlage, um von Hitler die Zustimmung zur Kennzeichnung der Juden im Reich zu erreichen
 - 205 Das Reichssicherheitshauptamt informiert Mitte August 1941 über die Behandlung von Juden ausländischer Staatsangehörigkeit
 - 206 Goebbels notiert am 19. August 1941, dass Hitler gerade seine Prophezeiung über die Vernichtung des europäischen Judentums in Erfüllung gehen sehe
 - 207 Das Ehepaar Malsch schreibt am 20. August 1941 seinem Sohn und dessen Frau in den USA, dass es weiterhin auf Auswanderung hofft
 - 208 Der „Judenreferent“ des Auswärtigen Amtes erfährt am 21. August 1941, dass Hitler der Kennzeichnung der Juden zugestimmt habe

-
- 209** Die Israelitische Kultusgemeinde Nürnberg bittet die jüdische Bevölkerung am 21. August 1941 um Geld- und Sachspenden
- 210** Eichmann erwähnt gegenüber dem Auswärtigen Amt am 28. August 1941 „die kommende und in Vorbereitung befindliche Endlösung“
- 211** Arthur Cohen aus Düsseldorf schildert seinem Cousin in New York am 31. August 1941 seine vergeblichen Bemühungen um Auswanderung
- 212** Polizeiverordnung vom 1. September 1941 über die Kennzeichnungspflicht für Juden
- 213** Der „Arisierungsbeauftragte“ des Gauleiters informiert die Israelitische Kultusgemeinde München am 1. September 1941 über das Barackenlager in Milbertshofen
- 214** Friedrich Mennecke schreibt seiner Frau am 3. September 1941 von einer Reise in das KZ Dachau, wo er Gefangene untersucht und zur Ermordung auswählt
- 215** Julius Jacoby berichtet der Reichsvereinigung am 7. September 1941 über die Situation in den „Judenhäusern“ in Hannover
- 216** Franz Bergmann aus Neheim an der Ruhr kritisiert am 8. September 1941 die Ermordung der Psychatriepatienten
- 217** Hermann Samter schreibt Lisa Godehardt am 10. September 1941 über das Reiseverbot und die Kennzeichnungspflicht
- 218** Der Wochenspruch der NSDAP vom 7. bis 13. September 1941 erinnert an die Ankündigung Hitlers, im Falle eines Weltkriegs werde das europäische Judentum vernichtet
- 219** Der Apostolische Nuntius erläutert Kardinal Luigi Maglione im Vatikan am 13. September 1941, wie demütigend die Kennzeichnungspflicht insbesondere für „nicht-arische“ Christen sei
- 220** Ein Gedicht ruft die Juden am 14. September 1941 dazu auf, den gelben Stern mit Gottvertrauen zu tragen
- 221** Daniel Lotter aus Fürth kritisiert am 14. September 1941 die Einführung der Kennzeichnungspflicht für Juden
- 222** Der Reichsinnenminister beschränkt am 15. September 1941 die Freizügigkeit für Juden und knüpft die Nutzung von Verkehrsmitteln an Bedingungen
- 223** Himmler informiert am 18. September 1941 Gauleiter Greiser, dass Hitler die Deportation deutscher Juden in das Getto Litzmannstadt (Lodz) wünsche
- 224** Ein unbekannter jüdischer Verfasser bittet den Münsteraner Bischof Galen Mitte September 1941 um Hilfe für die deutschen Juden
- 225** Kurt Mezei notiert am 19. September 1941 in sein Tagebuch, er trage den gelben Stern mit Stolz
- 226** Erwin Garvens aus Hamburg empört sich am 21. September 1941 in seinem Tagebuch über die Einführung des gelben Sterns
- 227** Rosenbergs Adjutant notiert am 21. September 1941, Hitler habe vorerst keine Repressalien gegen die deutschen Juden als Reaktion auf die Deportation der Wolgadeutschen geplant
- 228** Der Reichsverband der Deutschen Zeitungsverleger regt am 22. September 1941 an, Juden den Bezug von Zeitschriften zu verbieten

- 229 Max Schöenberg aus Köln beschreibt in einem Brief nach Shanghai vom 24. September 1941 die Wirkung der neuen antijüdischen Maßnahmen
- 230 Margarete Korant aus Berlin macht sich Hoffnungen auf eine Auswanderung nach Kuba und bittet ihre Tochter Ilse am 24. September 1941 um Hilfe
- 231 Der Reichswirtschaftsminister teilt der Reichsgruppe Industrie am 25. September 1941 die Bestimmungen zur Beschäftigung von „Mischlingen“ mit
- 232 Kölns Gauleiter Grohé hetzt am 28. September 1941 gegen Juden
- 233 Die Reichsvereinigung erstellt eine Übersicht über die Auswanderung der Juden aus dem Altreich von 1933 bis 1941
- 234 Der emigrierte Schriftsteller Stefan Zweig schreibt im Herbst 1941 über eine Begegnung mit Sigmund Freud, bei der die beiden über die Verfolgung der Juden sprechen

Teil 2 – Protektorat Böhmen und Mähren

- 235 Camill Hoffmann beschreibt am 15. März 1939 den deutschen Einmarsch in Prag und berichtet von Selbstmorden unter der jüdischen Bevölkerung
- 236 Helga Hošková schildert in ihrem Tagebuch den deutschen Einmarsch in die Tschecho-Slowakei am 15. März 1939
- 237 Göring informiert die zuständigen Behörden am 16. März 1939 über seine Kompetenzen in allen Wirtschaftsfragen und verbietet „wilde Arisierungsmaßnahmen“
- 238 Der Oberlandrat in Mährisch-Budwitz ordnet am 19. März 1939 die Kennzeichnung jüdischer Geschäfte an
- 239 Unterstaatssekretär von Burgsdorff unterrichtet Gauleiter Bürckel am 19. März 1939, im Protektorat seien Synagogen in Brand gesetzt worden
- 240 Im Reichsinnenministerium werden am 25. März 1939 die Rechtsstellung des Protektorats und Richtlinien für die Behandlung der jüdischen Bevölkerung besprochen
- 241 Ein unbekannter Verfasser beschreibt die Situation der jüdischen Bevölkerung im Protektorat bis Ende März 1939
- 242 Ilse Weber aus Witkowitz schildert ihrer Freundin Lilian am 2. April 1939 die tägliche Diskriminierung von Juden und bittet sie um Unterstützung
- 243 Arnold Stein aus Prag dankt Nicholas Winton am 5. April 1939 für die Rettung seiner Tochter und bittet um Hilfe bei seiner eigenen Emigration aus Prag
- 244 Der Diplomat George Kennan berichtet am 26. und 27. April 1939 über die Lage in Mährisch-Ostrau und die besondere Situation der Juden
- 245 Unterstaatssekretär von Burgsdorff vermerkt am 2. Mai 1939, dass Hitler angeordnet habe, die Tschechen sollten die „Judenfrage“ ohne deutsche Einmischung regeln
- 246 Ministerpräsident Alois Eliáš macht Reichsprotektor von Neurath am 11. Mai 1939 Vorschläge zum Umgang mit der jüdischen Bevölkerung
- 247 Der Reichsprotektor zieht am 21. Juni 1939 die Kompetenzen zur Enteignung der jüdischen Bevölkerung an sich

-
- 248 Basler Nachrichten: Artikel vom 23. Juni 1939 über die antijüdische Verordnung des Reichsprotektors
- 249 Camill Hoffmann hält es im Sommer 1939 für unmöglich, die Juden von den Tschechen zu trennen
- 250 Der Leiter des Palästina-Amtes in Prag erstattet Anfang Juli 1939 über seine zwei-monatige Reise nach Palästina Bericht
- 251 Der Wehrmachtsbevollmächtigte macht sich am 12. Juli 1939 Gedanken über das „tschechische Problem“ und plädiert dafür, die Juden aus dem Protektorat zu vertreiben
- 252 Reichsprotektor von Neurath ruft am 15. Juli 1939 die Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Prag ins Leben
- 253 Der Reichsprotektor erhält am 25. Juli 1939 einen anonymen antisemitischen Brief
- 254 Der Oberlandrat in Tabor schildert am 28. Juli 1939 einen Überfall auf Juden in Pibrans
- 255 Mitglieder der tschechischen Regierung berichten am 28. Juli 1939 über eine Besichtigung der Wiener Zentralstelle für jüdische Auswanderung
- 256 Das Innenministerium der tschechischen Protektoratsregierung erteilt am 3. August 1939 Anordnungen zur Separierung der jüdischen Bevölkerung
- 257 Staatssekretär Stuckart mahnt die Protektoratsregierung am 10. August 1939, die antijüdische Politik nicht eigenmächtig zu verschärfen
- 258 Der Polizeipräsident in Brünn gibt am 12. August 1939 antijüdische Maßnahmen bekannt
- 259 Die Jüdische Kultusgemeinde Prag skizziert in ihrem Wochenbericht vom 19. August 1939 ihre Bemühungen, die Auswanderung aus dem Protektorat zu organisieren
- 260 Die Jüdische Kultusgemeinde Prag berichtet am 21. August 1939 über die katastrophale Lage der Juden und Eichmanns Herrschaft im Protektorat
- 261 Staatssekretär Frank versucht am 15. September 1939, antijüdische Gewalt seitens Volksdeutscher zu unterbinden
- 262 Die Landesheilanstalt für Geistes- und Nervenranke in Iglau macht am 27. September 1939 Mitteilung über ihre Maßnahmen gegen jüdische Patienten
- 263 Eine in die Niederlande emigrierte Jüdin schildert die Situation im Protektorat bis Anfang Oktober 1939
- 264 Mitarbeiter des Reichssicherheitshauptamts diskutieren am 9. Oktober 1939 in Mährisch-Ostrau über die Deportation der jüdischen Bevölkerung
- 265 RČS: Artikel vom 23. Oktober 1939 über die getarnte Deportation der Juden aus Mährisch-Ostrau
- 266 Heimann Stapler berichtet nach seiner Emigration im Oktober 1939, wie sich die Lage der Juden im Protektorat seit Kriegsbeginn verschärft hat
- 267 Der Generaldirektor von Villeroy & Boch bekundet am 26. Januar 1940 sein Interesse an zwei jüdischen Malzfabriken in Olmütz

-
- 268 Der Oberlandrat in Iglau informiert am 1. Februar 1940 über ausbleibende Erfolge bei der „Arisierung“
- 269 Der Reichsprotektor erläutert am 9. Februar 1940 das weitere Vorgehen bei der Enteignung jüdischer Unternehmer
- 270 Washington Post: Artikel vom 11. Februar 1940 über die Verschärfung der antijüdischen Politik im Protektorat
- 271 Die Jewish Agency in Jerusalem erfährt im Frühjahr 1940 von der Verzweiflung der Juden in Mährisch-Ostrau und ihrer Angehörigen im Lager Zarzecze
- 272 Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei lehnt am 5. März 1940 die Kennzeichnung der Juden im Protektorat ab
- 273 Jüdisches Nachrichtenblatt vom 8. März 1940: Interview mit Franz Weidmann über die Aufgaben der Jüdischen Kultusgemeinde Prag
- 274 Robert Weinberger bittet Richard Schindler am 17. März 1940, seine Alija voranzutreiben
- 275 Ilse Weber schildert in einem Brief vom 7. April 1940 an Gertrude von Löwenadler die Einschränkungen ihres Prager Alltags
- 276 Die Staatspolizeileitstelle Brünn informiert den Reichsprotektor am 31. Mai 1940 über die Juden im Internierungslager in Eibenschitz
- 277 Alice Henzler bittet am 4. Juni 1940 um Anerkennung als „Mischling“
- 278 Der Oberlandrat in Jitschin möchte am 10. Juni 1940 Juden aus ihren Wohnungen vertreiben und in gesonderten Wohngebieten konzentrieren
- 279 Die Jüdische Kultusgemeinde in Deutsch Brod bittet ihre Mitglieder am 12. Juni 1940 um Textilspenden für das Jüdische Krankenhaus in Prag und gibt Benutzungsverbote bekannt
- 280 Der Oberlandrat in Olmütz bittet den Reichsprotektor am 13. Juni 1940 um eine Entscheidung über antijüdische Vorstöße der Kreisleitung
- 281 Die Judenfrage: Artikel vom 1. Juli 1940 über die Ausgrenzung der Juden aus Wirtschaft und Gesellschaft im Protektorat
- 282 Josef Lichtenstern informiert den Hechaluz in Genf am 12. Juli 1940, wie Juden im Protektorat auf die Auswanderung vorbereitet werden
- 283 Jüdisches Nachrichtenblatt: Oskar Singer schreibt am 26. Juli 1940 über die Bedeutung der Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Prag
- 284 Der SD-Leitabschnitt Prag berichtet am 8. August 1940 über das Betätigungsverbot der Nationalen Gemeinschaft und die Freundlichkeit gegenüber Juden in Pilsen
- 285 Norbert Meissner aus Triesch schildert seinem Sohn Franz am 17. August 1940, wie die Familie zusammenrückt
- 286 Staatssekretär Frank erteilt dem Wunsch einiger Oberlandräte nach Kennzeichnung und Gettoisierung der Juden im Protektorat am 17. August 1940 eine Absage
- 287 In Holleschau fordert der Stadtrat am 30. August 1940 die Einführung der Arbeitspflicht und weitere Maßnahmen gegen Juden

-
- 288 Alžběta Salačová in Prag bekommt am 4. Oktober 1940 einen anonymen antisemitischen Brief
- 289 Der Jugendliche Jiří Münzer beschreibt am 6. Oktober 1940 in seinem Tagebuch, wie seine Hinwendung zum Zionismus verlief
- 290 Der Schriftsteller Jiří Orten zählt am 27. Oktober 1940 auf, welchen Einschränkungen Juden unterliegen
- 291 Der SD-Leitabschnitt Prag warnt Staatssekretär Frank am 25. November 1940, der deutsche Einfluss in Triesch sei durch den Zuzug von Juden gefährdet
- 292 Unterstaatssekretär von Burgsdorff fordert am 12. Dezember 1940 die endgültige Entfernung der Juden aus dem Groß- und Einzelhandel bis zum 31. März 1941
- 293 Bedřich Kolín verfasst im Jahr 1940 ein ironisches Gedicht über die Vorzüge, ein Jude im Protektorat zu sein
- 294 Der Neue Tag: Am 4. Januar 1941 wird die „Arisierung“ des Unternehmens Salomon Trau in Proßnitz angezeigt
- 295 Der Oberlandrat fordert den Leiter des Arbeitsamts in Pardubitz am 13. Januar 1941 auf, Juden zur Zwangsarbeit einzuteilen
- 296 Unterstaatssekretär von Burgsdorff weist am 14. Januar 1941 die Bitte der Protektorsratsregierung zurück, 41 ausgewählte Personen von den antijüdischen Bestimmungen auszunehmen
- 297 Charlotte und Norbert Meissner aus Triesch berichten ihrem Sohn Franz am 1. Februar 1941 von der „Arisierung“ des Familienunternehmens
- 298 Gert Körbel aus Prag informiert am 4. Februar 1941 Nathan Schwalb in Genf über die Vorbereitungskurse zur Auswanderung aus dem Protektorat
- 299 Olga Keller schildert Walter Jacob am 12. Februar 1941 ihre Emigration und ihr neues Leben in Bolivien
- 300 Wilhelm Wrbka bekräftigt am 13. Februar 1941 seinen Wunsch, das Modenhaus Rix in Mährisch-Ostrau zu kaufen
- 301 Die Jüdische Kultusgemeinde Prag muss Juden am 26. Februar 1941 zum Schneeräumen verpflichten
- 302 Rudolf Stier und Helmut Schmidt unterstreichen im Februar 1941, dass Juden in der Wirtschaft des Protektorats Böhmen und Mähren keine Rolle mehr spielen dürfen
- 303 Die Arische Gesellschaft in Böhmen und Mähren macht Ministerpräsident Eliáš am 10. April 1941 Vorschläge zum Umgang mit der jüdischen Bevölkerung
- 304 Staatssekretär Frank klärt am 16. April 1941, unter welchen Voraussetzungen Liegenschaften von Juden verkauft werden sollen, um die Auswanderung von Juden zu finanzieren
- 305 Der Reichsprotektor erläutert dem Ministerium für soziale und Gesundheitsverwaltung am 17. April 1941 das Verfahren beim Arbeitseinsatz von Juden
- 306 Charlotte und Norbert Meissner berichten ihrem Sohn Franz am 7. Mai 1941 vom bevorstehenden Arbeitsdienst der Juden in Triesch
- 307 Die Bezirksbehörde in Ungarisch Brod ordnet am 31. Mai 1941 an, Juden zu isolieren und ihre Wohnungen zu kennzeichnen

-
- 308 Eva Roubíčková hofft am 22. Juni 1941 auf eine deutsche Niederlage nach dem Einmarsch in die Sowjetunion
- 309 Im Protektorat werden am 5. Juli 1941 die Vorschriften des „Blutschutzgesetzes“ rückwirkend eingeführt
- 310 Večerní České Slovo: In einem Artikel vom 5. Juli 1941 werden mehr Beschränkungen für Juden gefordert
- 311 Der Oberlandrat in Tabor klagt am 28. Juli 1941 über die jüdische Bevölkerung und fordert strenge Maßnahmen
- 312 Der Oberlandrat in Brünn regt am 29. Juli 1941 an, Juden das Fahrradfahren zu verbieten
- 313 Unterstaatssekretär von Burgsdorff untersagt am 31. Juli 1941 Einzelmaßnahmen lokaler Dienststellen gegen Juden im Protektorat
- 314 Reichsinnenminister Frick erklärt dem Chef der Reichskanzlei am 14. August 1941, gegen die Kennzeichnung der Juden im Protektorat bestünden keine Einwände mehr
- 315 Staatssekretär Frank bittet Reichsprotector von Neurath am 20. August 1941, ihm telefonisch die Kennzeichnung der jüdischen Bevölkerung zu genehmigen
- 316 Jiří Münzer schreibt am 14. September 1941 über die bevorstehende Kennzeichnung und das Verbot, den Wohnort zu verlassen
- 317 Staatssekretär Hubert Ripka von der tschechischen Exil-Regierung in London stellt sich am 18. September 1941 auf die Seite der Juden im Protektorat
- 318 Eva Roubíčková hält am 19. September 1941 die Reaktionen auf ihre Kennzeichnung mit dem „Judenstern“ in ihrem Tagebuch fest
- 319 Jiří Münzer schildert am 21. September 1941, wie die Tschechen sich zur Kennzeichnung verhalten
- 320 Eva Roubíčková berichtet am 28. September 1941 von der Ankunft Heydrichs im Protektorat